

ÖFFENTLICHE SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Ausschuss für Umwelt und Stadtplanung		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 03.03.2009	Beginn 16:05 Uhr	Ende 17:45 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Hannuschka, Lutz	Vertretung für Herrn Heinemann
Lusebrink, Hans-Otto	
Nockemann, Frank	
Rant, Siegmar	
Schaumburg, Carsten	
Grunewald, Frank	
Kirschner, Thorsten	
Philipp, Johannes	Bis TOP A 14 (17:20 Uhr)
Werner, Gudrun	Vertretung für Herrn Stobbe
Rindermann, Horst	
Braun, Werner	
Wagner, Wolfgang	
Stark, Wolfgang	

Ratsmitglied als Vertreter

Kampschulte, Matthias	Vertretung für Herrn Gutknecht bis TOP A 10 (17:20 Uhr)
Philipp, Gerd	Vertretung für Herrn Joh. Philipp ab TOP B 1 ((17:40 Uhr)
Zeilert, Hans-Jürgen	Vertretung für Frau Schomburg

Vorsitzender

Schier, Peter	
---------------	--

stellv. Vorsitzender

Weidenfeld, Uwe	Ab TOP A 10 (16:50 Uhr)
-----------------	-------------------------

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Berges, Reinhard	Bis TOP A 3
Erdmann, Frank	
Guthier, Wilfried	
Lethmate, Egbert	
Sormund, Frank	
Steinrücke, Jürgen Dr.	
Voß, Jürgen	Bis TOP A 3

Schriftführer/in

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|----|---|----------|
| 1 | Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.11.2008 | |
| 2 | Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und Verwaltung | |
| 3 | Etat-Beratung 2009 | 019/2009 |
| 4 | Stadtentwicklungskonzept 'ZUKUNFT SCHWELM' | 013/2009 |
| 5 | Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes - Abwägung der
Stellungnahmen nach § 3 (1) BauGB | 004/2009 |
| 6 | Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes - Abwägung der
Stellungnahmen nach § 4 (1) BauGB - Behördenbeteiligung | 005/2009 |
| 7 | Bebauungsplan Nr. 79 "Zamenhofweg"
Abwägung und Beschlussfassung aus der Beteiligung der
Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs.
2 BauGB
Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB | 008/2009 |
| 8 | Bebauungsplan Nr. 84 "Kaiserstraße"
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 und § 13a BauGB
- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit § 3
Abs. 1 BauGB
- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Behörden und
sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. BauGB | 035/2009 |
| 9 | Ausbau des Autobahnkreuzes Wuppertal - Nord | 024/2009 |
| 10 | Widmung von Gemeindestraßen:
1) Akazienstraße im Abschnitt zwischen den Grundstücken Nr. 35
und Nr. 56 einschließlich Wendeplatz
2) Fußwegeabschnitte abzweigend vom Wendeplatz der
Akazienstraße:
a. in südwestlicher Richtung zwischen den Garagenhöfen
b. in östlicher Richtung ab Grundstück Nr. 54 bis Ausbauende
vor Haus Nr. 52
c. in südlicher Richtung bis Anfang Haus Nr. 34 (Treppenweg) | 030/2009 |
| 11 | Erlass einer Satzung über die Ablösung von Stellplätzen
einschließlich Aufhebung der Stellplatz- und Ablösesatzung vom
21.08.1998 (1. Nachtrag vom 21.12.2001) | 180/2008 |
| 12 | Normenkontrollverfahren 1. Änderung Bebauungsplan Nr. 73
"Neues Wohngebiet Brunnen" | 009/2009 |

- 13 Mitteilungen
- 13.1 Beteiligungsverfahren zum Nahverkehrsplan
- 13.2 EU-Mittel für Kyrill-Schäden aus dem Europäischen Solidaritätsfonds
- 13.3 Motorradstellplätze Bahnhof - Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.02.2009
- 14 Fragen des Ausschusses an die Verwaltung

B Nichtöffentliche Tagesordnung

- | | | |
|---|---|------------|
| 1 | Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes - Abwägung der Stellungnahmen nach § 3 (1) BauGB mit Namensnennung | 004/2009/1 |
| 2 | Entwicklung Gewerbe- und Mischgebiete, Stand: 10.02.2009 | 027/2009 |
| 3 | Bericht über die Bautätigkeit in Schwelm 01.10. - 30.11.2008 | 227/2008 |
| 4 | Bericht über die Bautätigkeit in Schwelm 01.12.2008 - 31.01.2009 | 227/2008/1 |
| 5 | Mitteilungen | |
| 6 | Freigabe zur Veröffentlichung | |

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.11.2008

Das Protokoll der Sitzung vom 11.11.2008 wird einstimmig genehmigt

- 2 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und Verwaltung

Aus dem Zuschauerraum meldet sich ein Anwohner aus der Kaiserstraße in Schwelm zum TOP A 8 „Bebauungsplan Nr. 84 „Kaiserstraße“ – Ansiedlung Penny Markt –. Er überreicht ein Schreiben vom 03.03.09 mit 5 Punkten betr. die etwaige Emissionsbelastung des Nachbargrundstückes in der Kaiserstraße. Die Anregungen werden im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB im weiteren Bebauungsplanverfahren berücksichtigt.

Das Schreiben ist dieser Sitzungsniederschrift als Anlage beigefügt. Aus Datenschutzgründen sind Name und Anschrift des Adressaten unkenntlich gemacht. Sie werden lediglich im nicht öffentlichen Teil dieses Protokolls genannt.

- | | | |
|---|--------------------|----------|
| 3 | Etat-Beratung 2009 | 019/2009 |
|---|--------------------|----------|

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die den Ausschussmitgliedern vorliegenden zusätzlich erstellten Anlagen zur SV 019/2009 aus technischen Gründen erst mit

dem Protokoll dieser Sitzung in das Ratsinformationssystem eingestellt werden können.

Weiterhin weist er auf die zur Etat-Beratung vor der Sitzung verteilten und diesem Protokoll beigefügten Unterlagen hin:

1. Erste Änderungsliste zum Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2009
Maßgeblich für den AUS sind hier nur Produkte des FB 6, die auf den Seiten 2, 3 und 7 dargestellt sind.
2. Mit der Bitte um Austausch:
Neuerstellung der Synopse 2008/2009 „Ziele, Kenn- u. Messzahlen“ aufgrund von tlw. geänderten Kenn- u. Messzahlen in den markierten Bereichen auf den Seiten 2 u. 3, betreffend Produkte des FB 5.

Anschließend liest der Vorsitzende die einzelnen Produkte des Haushaltsplanes der Stadt Schwelm, betreffend die Produkte der Fachbereiche 5 und 6 vor. Die sich zu einzelnen Punkten aus dem Ausschuss ergebenden Fragen werden vom Kämmerer bzw. vom Bürgermeister eingehend beantwortet.

4 Stadtentwicklungskonzept 'ZUKUNFT SCHWELM'

013/2009

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Schwelm beschließt das Stadtentwicklungskonzept 'Zukunft Schwelm' als strategische, fortschreibbare Handlungsgrundlage für die Stadtentwicklung bis 2020.
2. Der Anhang zum Stadtentwicklungskonzept (Anlage 6, Übersicht Ziele, Handlungsfelder und Projekte für die Stadtentwicklung) wird nicht mit beschlossen, dient der Verwaltung aber als Arbeitshilfe bei der Umsetzung des StEK.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Fahrplan zur stufenweisen Umsetzung der in Kapitel 5 und 6 genannten Ziele und Maßnahmen der Stadtentwicklung zu erarbeiten. Dies soll in enger Abstimmung mit dem Gremium "Stadtentwicklung | FNP-Neuaufstellung" erfolgen.
4. Die in Kapitel 8 der Dokumentation der Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und der Generation 55+ genannten Leitbilder und Handlungsempfehlungen sind bei zukünftigen Entscheidungen der Verwaltung und der Politik zu berücksichtigen.
5. Die Verwaltung soll regelmäßig überprüfen, ob eine Fortschreibung der Basisdaten erforderlich ist. Sollten sich daraus Folgen für die Inhalte des Stadtentwicklungskonzept ergeben, ist dieses dem AUS zu berichten.

Das Stadtentwicklungskonzept wird eingebracht und zur Vorberatung in die nächste Sitzung des AUS am 21.04.09 vertagt.

Protokollnotiz:

Herr Weidenfeld (Bündnis 90/Die Grünen) überreicht dem Vorsitzenden ein Schreiben bzgl. eines Sondervotums der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Weidenfeld bittet darum, die hier in 4 Punkten dargestellte abweichende Position zum Text in der SV Nr. 019/2009 dem Protokoll der heutigen Sitzung sowie dem

Stadtentwicklungskonzept hinzuzufügen und bei den weiteren Beratungen mit zu berücksichtigen. Das Schreiben vom 03.03.09 ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

- 5 Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes - Abwägung der 004/2009
Stellungnahmen nach § 3 (1) BauGB

Beschlussvorschlag:

Bereich I:

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Die Flurstücke 322, 546 und 598 werden zukünftig in einer Tiefe von ca. 30 m von der Straße Am Weißenfeld aus als Wohnbaufläche dargestellt.

Bereich II:

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Im nördlichen Bereich (Flurstück 33) wird anstatt einer Grünfläche nun Wohnbaufläche dargestellt.

Die südlich angrenzenden Flurstücke 16 und 17 werden weiterhin als Fläche für Wald dargestellt.

Bereich III:

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Das Flurstück 296 wird entsprechend des Bestandes als Wohnbaufläche dargestellt.

Bereich IV:

Den Stellungnahmen wird nicht gefolgt.

Die Flurstücke 39 und 40 werden weiterhin als Grünfläche, die Flurstücke 164, 165, 166, 218 und 219 werden weiterhin als Flächen für die Landwirtschaft dargestellt.

Bereich V:

Den Stellungnahmen wird nicht gefolgt.

Die Flurstücke 621 bis 624 werden weiterhin als Grünfläche dargestellt.

Der südliche Teil der Gemeinbedarfsfläche wird entsprechend der Realnutzung als Grünfläche dargestellt, der westliche Teil entsprechend der Realnutzung als Waldfläche.

Bereich VI:

Den Stellungnahmen wird nicht gefolgt.

Die Flurstücke 119, 328, 329, 330 teilweise, 488, 489, 536, 537 werden weiterhin als Flächen für die Landwirtschaft dargestellt.

Die Darstellung Flächen für die Landwirtschaft wird im Bereich der Flurstücke 127 und 308 nach Osten bis an die Bestandsbebauung heran erweitert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

- 6 Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes - Abwägung der 005/2009
Stellungnahmen nach § 4 (1) BauGB - Behördenbeteiligung

Beschlussvorschlag:

1. Der Stellungnahme des **Geologischen Dienstes** wird gefolgt.
In der Begründung zum FNP wird darauf hingewiesen, dass das Gewerbegebiet G1 Linderhausen Mitte im Bereich verkarstungsfähigen Gesteins liegt und bei der Entwicklung des Gebietes entsprechende Bodenuntersuchungen erforderlich sind.
2. Der Stellungnahme des **LWL Archäologie** wird nur in Teilen gefolgt.
Nach Beteiligung der Unteren Denkmalbehörde der Stadt Schwelm hat sich ergeben, dass nicht alle vom LWL aufgeführten Bodendenkmäler in die Denkmalliste eingetragen wurden und somit auch keine Denkmäler i.S. des DSchG NRW sind. Nur folgende, in die Denkmalliste eingetragene Bodendenkmäler werden in einer Beikarte „Denkmäler“ zum FNP dargestellt:

<u>Aktenzeichen:</u>	<u>Kurzansprache:</u>
4709,10	Haus Martfeld
4709,14	Christuskirche
4709,16	Hohlweg Winterberg
4709,17	Hohlwege (Kölner Straße)
4709,19	Hohlwege (Kölner Straße)
4709,20	Hohlwege (Kölner Straße)
4709,21	Landwehr an der Grenze zu Ennepetal
3. Der Stellungnahme der **Immissionsschutzbehörde** des ENK wird gefolgt.
Die absehbaren Konflikte werden im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Ebenso findet der Abstandserlass Berücksichtigung in der Begründung zum FNP.
4. Der Stellungnahme des **EBA** wird nicht gefolgt.
Diese Stellungnahme bezieht sich insb. auf den Bahnhof Loh, der bereits in der 19. Änderung des FNP nicht mehr als Bahnfläche dargestellt wird. Die Umsetzung des Bebauungsplanes kann erst nach der noch ausstehenden Freistellung erfolgen.
In der Begründung zum FNP wird jedoch darauf hingewiesen, dass bei der Überplanung von Betriebsanlagen einer Eisenbahn vorab eine Freistellung nach § 23 AEG erforderlich ist.
5. Der Stellungnahme der **Unteren Wasserbehörde** des ENK wird gefolgt.
Es wird in der Begründung zum FNP darauf hingewiesen, dass der Umgang mit Niederschlagswasser im nachfolgenden Bebauungsplanverfahren zu regeln ist.
6. Der Stellungnahme der **Stadt Gevelsberg** wird nicht gefolgt.
Der Verlauf der neuen B 483 ist noch nicht bekannt. Bisher wurde nur ein Suchraum im Rahmen der Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) definiert (Stand 15.02.2008, Anlage 9). In der Begründung zum FNP wird dieser Suchraum mit dem Hinweis aufgenommen, dass bei Vorhaben in diesem Bereich

Straßen.NRW im Hinblick auf das laufende Planfeststellungsverfahren für die B 483n zu beteiligen ist.

7. Der Stellungnahme der **Firma PLEdoc** wird gefolgt.
Die Ferngasleitung 15/25/1 an der Stadtgrenze zu Wuppertal wird nicht mehr dargestellt.
8. Der Stellungnahme der **Wehrbereichsverwaltung West** wird nicht gefolgt.
Im neuen FNP werden keine Konzentrationszonen für Windenergieanlagen dargestellt.
9. Der Stellungnahme der **RWE Westfalen-Weser-Ems Netzservice** wird gefolgt.
Die bestehenden Hochspannungsfreileitungen und Umspannanlagen werden im neuen FNP dargestellt.
10. Der Stellungnahme der **Abteilung 6** der Bezirksregierung Arnsberg (BRA) Bergbau und Energie in NRW wird gefolgt.
In der Begründung zum FNP darauf hingewiesen, dass eine detaillierte Darstellung der bergbaulichen Verhältnisse im nachgeordneten Verfahren der Bebauungsplanung erfolgt.
11. Die Stellungnahme der **Stadt Wuppertal** wird nicht berücksichtigt, da das Gewerbegebiet G 2 Linderhausen West nicht im neuen FNP dargestellt wird.
12. Der Stellungnahme des **Regionalforstamtes Ruhrgebiet** wird nur in Teilen gefolgt.
Die in der Forstbetriebskarte Schwelm dargestellten Waldflächen werden in den neuen FNP übernommen.
Der Anregung, die Flächen Nr. 1, 2, 4, 5 und 7 im neuen FNP als Waldflächen darzustellen wird nicht gefolgt.
Der Anregung, die Flächen Nr. 3 und 6 im neuen FNP als Waldflächen darzustellen wird gefolgt.

Protokollnotiz:

Herr Nockemann (CDU) weist darauf hin, dass die unter Punkt 9 genannten Hochspannungsfreileitungen und Umspannanlagen des RWE Westfalen-Weser-Ems Netzservice seiner Kenntnis nach nicht mehr in Betrieb sind. Die Verwaltung wird den Sachverhalt durch Rückfrage bei RWE prüfen und dann entsprechend berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

- | | | |
|---|---|----------|
| 7 | Bebauungsplan Nr. 79 "Zamenhofweg"
Abwägung und Beschlussfassung aus der Beteiligung der
Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs.
2 BauGB
Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB | 008/2009 |
|---|---|----------|

Beschlussvorschlag:

1. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen werden, wie in der Sitzungsvorlage 008/2009 dargestellt, abgewogen.

2. Gemäß § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom 14. Juli 1994 (GV NW S.666) in der zur Zeit gültigen Fassung wird der Bebauungsplan Nr. 79 „Zamenhofweg“ der Stadt Schwelm als Satzung und die zugehörige Begründung vom 20. Januar 2009 beschlossen.

Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke (Stand 20.01.2009) Gemarkung Schwelm, Flur 21, Flurstücke 387 (tlw.), 511 (tlw.), 545, 546, 547 und 596 (tlw.). Die genauen Grenzen setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs. 7 BauGB).

Die zusammenfassende Erklärung gemäß §10 Abs. 4 BauGB ist den Planunterlagen zur Einsichtnahme gemäß § 10 Abs. 3 BauGB beizufügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

- 8 Bebauungsplan Nr. 84 "Kaiserstraße" 035/2009
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 und § 13a BauGB
 - Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit § 3 Abs. 1 BauGB
 - Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. BauGB

Beschlussvorschlag:

1. Gemäß § 2 (1) BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der derzeit gültigen Fassung wird die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 84 „Kaiserstraße“ im beschleunigten Verfahren beschlossen. Von der Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB, vom Umweltbericht nach § 2a BauGB, der Angabe über umweltbezogenen Informationen nach § 3 (2) S. 2 BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10 (4) BauGB wird abgesehen. § 4c BauGB (Monitoring) ist nicht anzuwenden.
Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke Gemarkung Schwelm, Flur 20, Flurstücke 441, 554, 602 und 603. Die genauen Grenzen des Plangebiets setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 (7) BauGB).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beiliegenden Vorentwurfs und der dazugehörigen Entwurfsbegründung die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB durchzuführen. Der Vorentwurf und die dazugehörige Entwurfsbegründung sind für die Dauer von zwei Wochen im Verwaltungsgebäude II, Moltkestraße 24, Fachbereich 5 Planung, Bauordnung, 1. Etage, öffentlich auszulegen. Der Öffentlichkeit ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beiliegenden Vorentwurfs und der dazugehörigen Entwurfsbegründung die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

9 Ausbau des Autobahnkreuzes Wuppertal - Nord 024/2009

Der Bericht über den Ausbau des Autobahnkreuzes Wuppertal-Nord wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

10 Widmung von Gemeindestraßen: 030/2009

- 1) Akazienstraße im Abschnitt zwischen den Grundstücken Nr. 35 und Nr. 56 einschließlich Wendeplatz
- 2) Fußwegeabschnitte abzweigend vom Wendeplatz der Akazienstraße:
 - a. in südwestlicher Richtung zwischen den Garagenhöfen
 - b. in östlicher Richtung ab Grundstück Nr. 54 bis Ausbauende vor Haus Nr. 52
 - c. in südlicher Richtung bis Anfang Haus Nr. 34 (Treppenweg)

Beschlussvorschlag:

Die nachstehend aufgeführten Straßen und Wege sollen durch Widmung gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der zur Zeit geltenden Fassung die Eigenschaft einer öffentlichen Straße als Gemeindestraßen in der Straßenbaulast der Stadt Schwelm erhalten, bei denen die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen (gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 4 Nr. 2 StrWG NRW):

1. Akazienstraße im Abschnitt zwischen den Grundstücken Nr. 35 und Nr. 56 einschließlich Wendeplatz als verkehrsberuhigter Bereich.
2. Fußwegabschnitte abzweigend vom Wendeplatz der Akazienstraße
 - a. in südwestlicher Richtung zwischen den Garagenhöfen
 - b. in östlicher Richtung ab Grundstück Nr. 54 bis Ausbauende vor Haus Nr. 52
 - c. in südl. Richtung bis Anfang Haus Nr. 34 (Treppenweg) mit der Beschränkung auf den Fußgänger- und Radfahrerverkehr.

Die genaue Abgrenzung der vorstehend beschriebenen Verkehrsflächen ergibt sich aus dem der Verwaltungsvorlage-Nr. 030/2009 als Anlage beigefügten Lageplan.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

11 Erlass einer Satzung über die Ablösung von Stellplätzen 180/2008
einschließlich Aufhebung der Stellplatz- und Ablösesatzung vom 21.08.1998 (1. Nachtrag vom 21.12.2001)

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Ablösung von Stellplätzen wird entsprechend dem beigefügten Entwurf (Oktober 2008) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

Protokollnotiz:

Herr Weidenfeld (Bündnis 90/Die Grünen) regt an, den Entwurf der Ablösesatzung u.a. insofern abzuändern, dass die Zone 1 „um den Neumarkt herum“ ausgeweitet wird. Herr Nockemann (CDU) schlägt Herrn Weidenfeld vor, seine Vorschläge für die Sitzung des Hauptausschusses konkret formuliert schriftlich darzulegen und zuvor den Fraktionen Gelegenheit zur Beratung hierüber zu geben. Herr Weidenfeld wird dieser Bitte nachkommen.

12 Normenkontrollverfahren 1. Änderung Bebauungsplan Nr. 73 009/2009
"Neues Wohngebiet Brunnen"

Der Ausschuss nimmt den Bericht über das Normenkontrollverfahren 1. Änderung Bebauungsplan Nr. 73 "Neues Wohngebiet Brunnen" zur Kenntnis.

13 Mitteilungen

13.1 Beteiligungsverfahren zum Nahverkehrsplan

Der Bürgermeister informiert im Nachgang zur Sitzung des Hauptausschusses bezüglich der Mitteilung des FB 5 "Zweite Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Ennepe-Ruhr-Kreis" darüber, dass entgegen der Empfehlung in der o.g. Mitteilung nun doch ein zweijähriger Probetrieb vom Blücherplatz über Am Ochsenkamp, Steinwegstraße, Jesinghauser Straße und In der Graslake bis Dieselstraße geführt werden soll. Dem Landrat wurde eine entsprechende Stellungnahme der Verwaltung bereits mitgeteilt.

13.2 EU-Mittel für Kyrill-Schäden aus dem Europäischen Solidaritätsfonds

Bereits in den Sitzungen des AUS am 19.02.2008, 27.05.2008 und zuletzt am 19.08.2008 hat die Verwaltung in dieser Angelegenheit berichtet, u. a. auch über die Bewilligung einer Zuwendung von 73.826,54 € zu unserem ersten Förderantrag. Die Richtigkeit der im Förderantrag bzw. Mittelabruf gemachten Angaben wurden von der Bezirksregierung Arnsberg vor Ort überprüft; Beanstandungen haben sich dabei nicht ergeben!

Im Dezember 2008 wurde zu unserem zweiten Förderantrag eine weitere Zuwendung von 118.308,54 € bewilligt. Gegenstand dieses Förderantrages war die Wiederherstellung der beschädigten Forstwege/Wanderwege und Personalkosten.

Die Zuwendungen von insgesamt **192.135,08 €** sind im Haushaltsjahr 2008 vereinnahmt worden.

13.3 Motorradstellplätze Bahnhof - Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.02.2009

Mit Schreiben vom 03.02.2009, das als Anlage beigefügt ist, hat die FDP-Fraktion eine Anfrage zur Einrichtung von vier Motorradstellplätzen im Parkstreifen Märkische Straße unmittelbar am Bahnhof gestellt. Die Anfrage wird hiermit wie folgt beantwortet:

In der Märkischen Straße sind östlich des Bahnhofs die ersten vier Pkw-Stellplätze des Senkrechtparkstreifens in Motorradstellplätze umgewandelt worden. Die neue Regelung gilt seit dem 05.11.2008. Anlass sind Beschwerden der Taxi-Zentrale und der Bahn AG gewesen, dass es im Bereich vor der Taxi-Zentrale im Sommer zunehmend durch wild abgestellte Motorräder/Motorroller zu erheblichen Störungen des Taxibetriebes kommt.

Die betroffene Fläche befindet sich im Eigentum der Bahn AG und ist von der Taxi-Zentrale angepachtet worden. Um eventuelle Sperrungen der Fläche durch die Bahn zu vermeiden, ist in der Verwaltung entschieden worden, im öffentlichen Straßenraum zusätzliche Motorradstellplätze für die gewachsene Zahl an motorisierten Zweirädern anzubieten.

Aufgrund der kurzen Dauer der neuen Regelung sind bisher noch keine Auswirkungen überprüfbar. Im weiteren Verlauf des Jahres wird die Akzeptanz der Maßnahme beobachtet werden. Sollte während der Winterzeit keine signifikante Nachfrage nach Motorradstellplätzen bestehen, dann wäre für die Zukunft überlegenswert, die Motorradstellplatzregelung während der Winterzeit befristet aufzuheben.

Insbesondere bei Dunkelheit und Schnee sind Verkehrsschilder besser erkennbar als Fahrbahnmarkierungen. Wenn schon eine Beschilderung vorgenommen worden ist, sind für Parkplatzregelungen Fahrbahnmarkierungen entbehrlich.

Eine Information über die Änderung der Parkplatzregelung hat es bisher nicht gegeben. Diese sollte im Frühjahr, zu Beginn der Motorradsaison, in der Lokalpresse erfolgen.

Die Anfrage der FDP-Fraktion ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

14 Fragen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Grunewald (SPD) berichtet über eine Ortsbesichtigung im Bereich Zamenhofweg, bei deren Gelegenheit sich Anwohner über geparkte Anhänger beschwerten. Ein Anhänger wurde als besonders störend empfunden. Ein Gespräch mit dem Eigentümer ergab, dass diesem seine Rechte durchaus bekannt sind und er den Anhänger nur auf Flächen abstellt, die das Parken zulassen. Herr Grunewald bittet die Verwaltung, den Sachverhalt zu prüfen. Herr Dr. Steinrücke bietet an, in dieser Angelegenheit ein Gespräch zu führen.

Weiterhin informiert Herr Grunewald darüber, dass sich Anwohner des Zamenhofweges darüber beschwert hätten, dass zwei Parkplätze entfernt worden seien. Auch hier bittet er die Verwaltung um Prüfung des Sachverhaltes.

(Eine entsprechende Stellungnahme der Verwaltung ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt).

Sitzungsunterbrechung

von 17:20 bis 17:40 Uhr

Im Anschluss an die Sitzungsunterbrechung eröffnet der Vorsitzende die nicht öffentliche Tagesordnung.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 12 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 04.03.2009

Vorsitzender
gez. Schier

Schriftführerin
gez. Dember